

**Antrag 47/I/2020**

**KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Zebrastreifen um Bildungseinrichtungen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats  
2 mögen sich dafür einsetzen, alle Ampelüberwege, die auf  
3 direktem Weg zwischen zwei Gebäuden derselben Uni-  
4 versität oder derselben Schule, gleich welcher Schulart,  
5 liegen, durch Fußgängerüberwege mit Zebrastreifen zu  
6 ersetzen, sofern die Gebäude nicht weiter als 200 Meter  
7 voneinander entfernt sind und sofern dies mit den Richtli-  
8 nien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüber-  
9 wegen (R-FGÜ 2001) vereinbar ist.

10

11

12 **Begründung**

13 Die Zebrastreifen würden erst ein schnelles und siche-  
14 res Vorankommen zwischen den Standorten einer Bil-  
15 dungseinrichtung ermöglichen. Den Angehörigen einer  
16 Bildungseinrichtung für die der Ort der Bildungseinrich-  
17 tung ihr tägliches Umfeld ist, sollte im Straßenverkehr  
18 Vorzug gegeben werden.

19

20 Das trüge auch zur notwendigen stressfreien und ange-  
21 nehmen Atmosphäre an Bildungseinrichtungen mit meh-  
22 reren Gebäuden bei, die derzeit noch durch die Verkehrs-  
23 hektik und die Bevorteiligung des Autoverkehrs gestört  
24 wird.

**Empfehlung der Antragskommission  
vom Antragsteller zurückgezogen**

**LPT I-2020 - Überweisen an FA XI - Mobilität**

**Stellungnahme FA XI-Mobilität: Ablehnung des Antrags**

**Begründung**

Fußgängerampeln werden in der Regel an Hauptverkehrs-  
straßen angeordnet. Zebrastreifen dagegen im nachge-  
ordneten Netz. Daraus ergibt sich, dass eine **Einzelfallbe-  
trachtung** notwendig und keine generelle Lösung möglich  
ist. Und das unter Berücksichtigung der Bundesvorgaben  
(R - FGÜ 2001), die die Erkenntnisse der Unfallforschung  
berücksichtigt.

Beispiel: An der Straße des 17 Juni, zwischen den TU-  
Instituten und dem Hauptgebäude, wäre es für die Fuß-  
gänger\*innen gefährlich, wenn man die LSA- Anlage  
durch einen Zebrastreifen ersetzen würde.

Für das nachgeordnete Netz sind die Bezirke zuständig,  
nicht der Senat.